

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

des Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamtes zu Bauzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindegemeinschaft des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Markt 15. Erscheint jeden Samstag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 60 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2,85, ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Bützsig Nr. 21 543. — Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5-spaltige Grundzeile (Zm. Mofse 25) oder deren Raum 30 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg. Im Text teil (Zm. Mofse 17) 60 Pfg. die 5-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 5-spaltige Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung.

Wahltag der 16. Februar.

Berlin, 29. November. (B. I. B.) Der Rat der Volksbeauftragten hat beschlossen, die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung am 16. Februar (Katholiken zu wählen, vorbehaltlich der am 16. Dezember 1918 zusammenzutretenden Reichsversammlung der A. und S.-Räte Deutschlands. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne das damit der Entscheidung der Friedensverträge vorgegriffen wird, in 35 Verhältniswahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6—16 Abgeordnete zu wählen sein werden.

Berlin, 30. November. (Priv.-Tel.) Zur Annahme der Verfassung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung durch den Rat der Volksbeauftragten schreibt der „Vorwärts“: Der für das Schicksal des deutschen Volkes sehr tief bedeutsame Entschluß ist nach langer Beratung und lebhafter Debatte gefaßt worden. Daß die Zentralversammlung der A. und S.-Räte dem Beschluß zustimmen wird, kann nach den vorliegenden Berichten gar nicht bezweifelt werden. Die breiten Massen des Volkes haben ganz richtig erkannt, daß es sich hier um eine Lebensnotwendigkeit des Reiches handelt und daß jeder Versuch, den Termin hinauszuschieben, eine Krise heraufbeschwören würde, für deren Folgen niemand die Verantwortung übernehmen kann. Die Revolution hat dem Volke sein Recht gegeben.

Thronverzicht-Urkunde des Kaisers.

Berlin, 29. November. (B. I. B.) Um aufgetauchten Thronverzicht über seine Abdankung zu begegnen, hat Kaiser Wilhelm II. in einer staatsrechtlich einwandfreien Urkunde auf die Rechte an der Krone Preußens und der damit verbundenen deutschen Kaiserkrone verzichtet. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Reiches, den sie mit als ihrem Kaiser und Obersten Befehlshaber getreuet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohende Gefahr der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne.

Gegeben in Merungen, am 28. November 1918.

gezeichnet Wilhelm.

Die Frage der Kriegsschuld.

Deutscher Vorschlag zur Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission.

Berlin, 29. November. (B. I. B.) Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung folgende Note an die englische, französische, belgische, italienische und amerikanische Regierung gerichtet:

Wir die Herrscher des Weltkrieges, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker unter einander, ersehen es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständig wahrheitsgemäße Bild der Vorgänge und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, ergibt sich und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißgunst niederzureißen, die während des letzten Krieges zwischen den Völkern errichtet worden

und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Verständigung der Völker, ist die einzig mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker. — Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erziehung einen gewissen Ansehen genießt. Die Regierungen sämtlicher kriegführender Mächte müssen sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Archivmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschicke der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Jünger, deren Aussagen für die Beseitigung von Beulung sein könnten.

Berlin, 30. November. (Nachricht unseres Berliner Vertreters.) Die deutsche Note an die Alliierten und Amerika wegen Einsetzung einer neutralen Kommission zur Ermittlung der Schuldigen am Kriege ist, wie ich höre, deshalb abgelehnt, weil man einmütig damit verhindern will, daß allein Deutschland die Schuldigen an den Vorfällen stellt und sodann ist man in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß durch eine gemeinsame Feststellung der Schuldigen auch das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen bisherigen Gegnern wieder gebessert werden kann. Man ist in deutschen Regierungskreisen der Ansicht, daß es nicht ratsam sei, heute deutsche Geheimnisse zu veröffentlichen und so der Entente das einseitige Recht zu geben, von Deutschlands Alleinschuld am Kriege zu sprechen. Schuldige sind nach Auffassung meiner Gewährsmänner in allen Ländern. Die Schuldigen bei der Entente würden niemals zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn Deutschland sich allein mit der Schuld am Kriege belasten ließe. Der Fall Suchomlinow lehrt ja bereits, wie in allen Ländern hinter den Kulissen gearbeitet wurde. Freilich soll damit nicht behauptet werden, als ob wir weniger schuld trügen, sondern deutsche Regierungsstellen wollen der Entente beweisen, daß sie eine volle Klärung der Schuldfrage anstreben, was ja der Wunsch jedes Bundes sein muß.

Die Durchsicht der Geheimarchive

Berlin, 29. November. (Nachricht unseres Berliner Vertreters.) Schon ehe Dr. David erkrankt war, war Raushitz damit beauftragt, die Geheimarchive durchzugehen und das Material über den Anfang des Krieges zusammen zu stellen. Die vielfach aufgetretene Behauptung, daß wichtige Akten von der alten und auch von der neuen Regierung beseitigt worden seien, trifft nicht zu. Die anfänglich geplante Veröffentlichung der Geheimarchive wird nun solange hinausgeschoben werden, bis die neutrale Kommission sie durchgesehen hat.

Kaiser Wilhelm über die Vorgänge bei Kriegsausbruch.

Köln, 29. November. (B. I. B.) Prof. Dr. Wegener schreibt in der „Köln. Ztg.“ über die Vorgänge vor Kriegsausbruch: Ich hatte 5 Tage vor seiner Flucht nach Holland eine Unterredung mit dem Kaiser, in der er mir sagte: Die ganze Politik in den letzten Wochen vor dem Kriege ist von Bethmann und Jagow allein gemacht worden. Ich wollte überhaupt nichts davon. Gegen meinen Willen wurde ich nach Norwegen geschickt. Der Reichskanzler sagte mir: Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu wahren. Wenn Majestät hier bleiben, gibt es einen Krieg. Die Welt wird die Schuld daran immer Ew. Majestät zuschieben. Während meines ganzen Aufenthaltes in Norwegen erfuhr ich nur aus den norwegischen Zeitungen, was in der Welt geschah, so auch den Fortgang der russischen Mobilisationsvorbereitungen. Als ich dann aber das Auslaufen der englischen Flotte hörte, da bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. Beinahe wurde ich abgefangen. Auf meinen Befehl sind noch die deutschen Schiffe, die in norwegischen Häfen lagen, zurückgekommen.

Prof. Wegener erinnerte sodann an die neuen Auslöser des ehemaligen russischen Kriegsministers Suchomlinow, die gerade damals durch die Zeitungen gingen, be-

Befehl zur russischen Mobilisation, wobei er erklärte, daß der Zar in der Tat einen Befehl gegeben hatte, dessen spätere Auslegung aber nicht unter seiner Verantwortung vorgenommen wurde. Es sei noch keine Mobilisation, sondern nur eine Mobilisationsbereitschaft befohlen worden. Das alles ließ der Kaiser nicht gelten. Er ließ bei der Auslosung Suchomlinow, wonach der Zar auf seine des Kaisers Verantwortung, den Mobilisationsbefehl zurückgezogen habe. Suchomlinow aber habe den Zaren belogen. Der erste Befehl sei doch ausgeführt worden und zwar in Form einer wirklichen Mobilisation. Es sei durchaus falsch, nur eine Mobilisationsbereitschaft zu behaupten. Diese Mobilisation sei der letzte Grund zum Ausbruch des Krieges gewesen.

Kein feindliches Friedensangebot während des Krieges.

Berlin, 30. November. (Priv.-Tel.) Gegenüber den immer wieder auftauchenden Behauptungen, daß unsere Feinde während des Krieges mehrfach an Deutschland mit Friedensangeboten herantreten seien, erklärt das „Vorwärts“: In keinem Zeitpunkt des Krieges die Feinde amtlich oder in hinreichend beglaubigter Form an Deutschland mit Friedensangeboten herantreten sind.

Der Kampf um die Regierung.

Berlin, 29. November. (Nachricht unseres Berliner Vertreters.) Innerhalb der Regierung nimmt der Verkehr zwischen den Anhängern der Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen immer schärfere Formen an. Darauf weisen nicht nur die Hinweise im „Vorwärts“ hin, sondern auch die Behauptung, daß die Unabhängigen mit der Behauptung treiben gehen, sie hätten die Revolution gemacht, während die Mehrheitssozialisten dieses für sich in Anspruch nehmen. Die Unabhängigen wollen nun nicht, wie mir mitgeteilt wird, die Mehrheitssozialisten aus der Regierung drängen, weil sie allein die Verantwortung nicht zu tragen wagen, sondern wollen durch ihr Auftreten alle Handlungen der Regierung bestimmen. Dagegen lehnen sich die Mehrheitssozialisten entschieden auf. Sollte das Reststreben gegen Scheidemann weiter andauern, so beabsichtigen die Mehrheitssozialisten geschlossen aus der Regierung auszuschleichen.

Fochs neue Pläne.

Berlin, 30. November. (Nachricht unseres Berliner Vertreters.) Am Freitag wurde in Berlin in politischen Kreisen das durchaus glaubhafte, mit vielen Beweisen belegte Gerücht verbreitet, „man müsse mit einem Einmarsch Fochs in Deutschland rechnen. Man erwartet an den maßgebenden Stellen jeden Augenblick, daß eine Kündigung des Waffenstillstandes durch Foch eintritt mit der Notifizierung, das wir den Bedingungen nicht nachgekommen sind. Die augenblickliche Lage wird von allen Personen, die ich hierüber sprechen konnte und die an maßgebenden Stellen beschäftigt werden, sehr ernst beurteilt. Wir wird geglaubt, daß es, wie Hindenburg schon ausführte, uns unmöglich sein würde, den Einmarsch zu verhindern und daß wir durch den Einmarsch nur noch in größere Verwirrung und Not geraten würden. Das Ziel Fochs soll Berlin sein.

Die Rückkehr der Ostfrontkrieger.

Berlin, 29. November. (B. I. B.) Die Delegation der Ostfront sieht sich veranlaßt, bezugnehmend auf die Erklärungen des Vorsitzenden des Volksrats Mollenhuth über die Lage der Ostfront, folgendes mitzuteilen:

Die Lage der Ost- und Madensen-Armee ist nicht verzweifelt, falls die Ordnung in der Heimat aufrechterhalten bleibt. Im Osten erfolgt der Abtransport mit allen Kräften, die Bahnen sind in vollem Betrieb. Wesentliche Menschenverluste dürfen nicht zu erwarten sein. Bandenkämpfe mit der einheimischen Bevölkerung fanden nur im geringem Maße statt und bieten bei der massenhaften Rückkehr